



# NEUE GEMEINDE

[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

*info*



**Bgm. Dieter Posch aus Neudörfel mit 95 Prozent zum neuen SPÖ Bezirksvorsitzender im Bezirk Mattersburg gewählt Seite 8**

**Corona-Krise:** „Hilfspaket“ des Bundes entpuppt sich als Schuldenfalle – Trummer: „Eine Schmäherung der Gemeinden“ Seite 3

**Wohnbauförderung:** GVV begrüßt Änderungen, strukturschwache Regionen werden stark aufgewertet Seite 6

**Commerziahank-Skandal:** GVV Burgenland fordert Schaffung einer Einlagensicherung für Gemeinden Seiten 12 bis 13

**Klartext!****„Echtes Hilfspaket“ für Gemeinden notwendig!****Sehr geehrte GemeindevertreterInnen! Liebe KollegInnen!**

Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV  
Burgenland

Die aktuelle Gemeindefinanzprognose des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) zeigt deutlich, dass es bisher für die Gemeinden keine adäquate Abgeltung der finanziellen Folgen der Corona-Krise gibt. Das KDZ empfiehlt dem Bund einen vollen Ausgleich der Einnahmeeinbußen, da es durch die fehlenden Einnahmen aus der Kommunalsteuer sowie den Ertragsanteilen für viele Gemeinden kaum mehr möglich ist, den laufenden Betrieb – und somit die Daseinsvorsorge – für die BürgerInnen zu finanzieren. An etwaige Investitionen, bei denen Gemeinden auch noch die Hälfte der Kosten selbst bezahlen müssten, ist damit ohne Schulden in keiner Weise zu denken!

**Mehr Gemeindebelastung als Investitionsförderung**

Das von der Bundesregierung präsentierte Kommunale Investitionsgesetz ist – wie der GVV Burgenland schon des Öfteren kommuniziert hat – bestenfalls der 3. Schritt, der erst nach einer Liquiditätssicherung und einer Ausfallsabgeltung der Corona-Auswirkungen für Gemeinden gesetzt werden kann. Durch die geplante Steuerreform egalisiert sich sogar noch die eine Milliarde Euro, die die Bundesregierung den Gemeinden zur Verfügung stellt, wieder, da sie die Gemeinden rund 1,14 Mrd. Euro kosten wird. Damit ist klar, dass in Summe die Gemeinden mehr belastet werden, als sie an Förderungen in Aussicht gestellt bekommen. Das ist ein Affront gegenüber den Gemeinden. Seit April fordern wir seitens des GVV deshalb ein echtes Hilfspaket für die Gemeindebudgets und keine Schuldenfalle, wie das die Bundesregierung mit dem Kommunalen Investitionsgesetz 2020, das die Gemeinden auch noch mit 50 % kofinanzieren sollen, präsentiert hat. Es geht darum, eine Verschuldung durch den Corona-Ausfall abzuwenden, und nicht noch eine zusätzliche Verschuldung mit dem KIG2020 einzugehen.

Laut den neuesten Berechnungen des KDZ bleibt die Lage auch in den kommenden Jahren kritisch, da in etwa 1,2 bis 1,5 Mrd. Euro pro Jahr zur Deckung der laufenden Kosten in den Gemeinden fehlen werden. Gemäß der aktuellen Ertragsanteilprognose des Finanzministeriums sind von Jänner bis September 2020 bisher 16,4 Millionen Euro (-8,4 %) weniger vom Bund in die burgenländischen Gemeindekassen geflossen, als noch im Vergleichszeitraum 2019, weitere Einnahmehausfälle wie Kommunalsteuer usw. noch gar nicht mitgerechnet. Die Einnahmehausfälle aufgrund der ausbleibenden Kommunalsteuern und Ertragsanteile reißen ein riesiges Loch in die Kassen der Gemeinden. Dieses Loch wird die Bundesregierung nicht durch ihr halbherziges Investitionsprogramm stopfen können. Für eine langfristige und krisenfeste Finanzierung der Gemeindeleistungen braucht es mehr finanzielle Mittel.

**Gemeindepaket für Aufgaben- und Ausgabenentlastung**

Vor diesem Hintergrund und gemäß der Regierungserklärung vom Feber 2020 verhandeln wir Gemeindevertreter derzeit auch mit LH Hans Peter Doskozil ein nachhaltiges Gemeindeentlastungspaket. Dabei stehen die Aufgaben- und Ausgabenentlastung für Gemeinden im Vordergrund. Obwohl wir im Burgenland im Vergleich zu allen anderen Bundesländern mit 72 % Land zu 28 % Gemeinden einen für die Gemeinden guten Schlüssel für die Kostenverteilung von gemeinschaftlichen Aufgaben (zB. Pflege, Gesundheit, Jugendwohlfahrt usw.) haben, müssen wir viele Strukturen und Kostenströme neu denken. In der GVV-Infoveranstaltung vom 3. September 2020 mit LH Doskozil haben sich deshalb die anwesenden Gemeindevertreter einhellig verständigt, das Reformpaket unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Zukunftsplanung weiter zu verfolgen.

Mit freundschaftlichen Grüßen  
Euer Bgm. Erich Trummer, Präsident GVV Burgenland

## Gerhard Pongracz tot – GVV Burgenland trauert!

**D**er langjährige Bürgermeister der Stadt Oberwart, ehemaliges GVV Vorstandsmitglied und langjähriger Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag, Gerhard Pongracz ist tot. Er verstarb im 63. Lebensjahr an einem Herzinfarkt.

Pongracz war seit 1987 Mitglied der SPÖ und wurde in diesem Jahr in den SPÖ Bezirksausschuss, 1990 dann in den Bezirksvorstand gewählt. 1990 wurde er auch zum Stadtparteiobmann der SPÖ Oberwart bestimmt. Er war seit 1992 Stadtrat in Oberwart und wurde 1997 Vizebürgermeister der Stadtgemeinde. Im Jahr 2002 wurde er schließlich zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt und löste damit die langjährige ÖVP Dominanz in Oberwart auf. Dieses Amt hatte er bis 2012 inne, als er einer Stichwahl gegen seinen Herausforderer Georg Rosner von der ÖVP verlor. Pongracz wurde außerdem 1996 in den Landtag

gewählt und am 27. Juni 1996 als Abgeordneter angelobt. Er war Bereichssprecher für Wohnbauförderung, Bauangelegenheiten und Raumplanung im SPÖ-Landtagsklub. 2015 schied er auch aus dem Landtag aus. Im GVV war Pongracz in seiner Zeit als Oberwarter Bürgermeister als kooptiertes Mitglied vertreten. GVV Präsident Erich Trummer, der mit Pongracz lange Jahre gemeinsam im Landtag tätig war, zeigt sich tief erschüttert vom Ableben und wünscht der Familie des Verstorbenen viel Kraft für diese harten Stunden und Tage. Zuletzt war Pongracz beim Regionalmanagement Burgenland beschäftigt.

Gerhard  
Pongracz

Foto: GVV  
SPÖ



## Corona: ÖVP will Land zur Kasse bitten

**D**er GVV fordert 100 Prozent Abgeltung des finanziellen Corona-Ausfalls. Die Forderung der ÖVP Burgenland, anstatt des Bundes das Land zusätzlichen zur Kassa zu bitten, stößt auf harsche Kritik seitens der SPÖ.

Das von der Bundesregierung präsentierte Kommunale Investitionsgesetz ist bestenfalls der dritte Schritt, der erst nach einer Liquiditätssicherung und einer Ausfallsabgeltung der Corona-Auswirkungen für Gemeinden gesetzt werden kann. Seit April fordert der GVV ein echtes Hilfspaket für die Gemeindebudgets und keine Schuldenfälle, wie das die Bundesregierung mit dem Kommunalen Investitionsgesetz 2020, das die Gemeinden mit 50 Prozent kofinanzieren sollen, präsentiert hat.

Auch auf Bezirksebene ist der Unmut über das Gemeinde-„Hilfspaket“ des Bundes groß. Auf Unverständnis stößt auch das Ansinnen der ÖVP Burgenland den Bund aus seiner Verantwortung zu entlassen und das Land zusätzlich zur Kassa zu bitten. Die ÖVP Burgenland will zu den bereits vom burgenländischen Landtag einstimmig be-

schlossenen Gemeindepaket von 112 Millionen Euro zusätzlich 31 Millionen Euro Landesförderung für die Gemeinden. „Tatsache ist, dass dem Land Burgenland heuer voraussichtlich 150 Millionen Euro im Budget fehlen werden. Aufgrund des Umstandes, dass der Bund die Steuerhoheit hat, ist die Forderung der ÖVP nach zusätzlichen 31 Millionen Landesförderungen für die Gemeinden eine Farce“, so die SPÖ-Landtagsabgeordneten und BürgermeisterInnen Elisabeth Böhm, Erwin Preiner und Gerhard Bachmann. Wenn der Bund sein Paket nicht repariert und nachbessert, werden zahlreiche burgenländische Gemeinden ihre Zukunftsinvestitionen ad acta legen und in vielen Bereichen einsparen müssen.



Die Landtagsabgeordneten Bgm. Gerhard Bachmann, Bgm.<sup>in</sup> Elisabeth Böhm und Bgm. Erwin Preiner  
Foto: GVV Burgenland

## WIR GRATULIEREN

**Der GVV Burgenland  
wünscht alles Gute  
zum Geburtstag!**

BGM.  
**Franz Josef KERN** 60  
Sankt Martin an der Raab

BGM.  
**Dieter POSCH** 60  
Neudörfel

BGM.  
**Helmut SAMT** 60  
Minihof-Liebau

VBGM.  
**Franz SCHILLER** 60  
Kemeten

BGM.  
**Kurt FISCHER** 60  
Baumgarten

BGM.  
**Horst EGRESICH** 50  
Kaisersdorf

VBGM.  
**Mag. Florian  
HOFSTETTER** 40  
Hornstein



**Zur Sache!****Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

Die kommunalen Haushalte stehen angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und dem damit einhergehenden dramatischen Einbruch bei den Ertragsanteile sowie der eigenen Einnahmen unter erheblichem Druck. Hinzu kommen pandemiebedingte spürbare Ausgabensteigerungen, vor allem im Bereich Soziales. Sofern die Kommunen keine massiven Finanzhilfen seitens des Bundes erhalten, müssen sie sowohl im Jahr 2020 als auch in den Jahren 2021 und 2022 ihre Investitionen daher zwangsläufig drastisch reduzieren. Dies hätte eine weitere Belastung der Konjunktur zur Folge – die Kommunen würden nicht nur ihre Aufgabe als Stabilitätsanker im ländlichen Raum nicht wahrnehmen können, sie würden darüber hinaus auch rezessionsverschärfend agieren.

Wir begrüßen ausdrücklich das Kommunale Investitionspaket 2020 des Bundes, aber es nützt nur jenen Gemeinden, die die liquiden Mittel haben, um diese Förderungen auch auslösen zu können. Für die Mehrzahl der Gemeinden ist es leider die sprichwörtliche Karotte vor der Nase. Hier befürchten wir eine zusätzliche Verschuldung von vielen Gemeinden. Was es braucht sind Hilfen, die rasch die Liquidität der Kommunen sichern, um im weiteren Verlauf auftretende wirtschaftliche und soziale Härten abzufedern, Länder und Kommunen zu stärken und die Menschen zu unterstützen. In Deutschland werden mit den geplanten Grundgesetzänderungen die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dafür geschaffen, kurzfristige wie auch langfristige Hilfen des Bundes für die Kommunen zu gewähren, die umfassend wirken sollten.

Wir appellieren eindringlich, hier dem Beispiel Deutschland zu folgen und die Städte und Gemeinden in Österreich seitens der Bundesregierung nicht im Stich zu lassen. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gehen davon aus, dass die zusätzlichen Mittel seitens des Bundes spürbar helfen werden, die Investitionstätigkeit der Kommunen im Jahr 2020 im Großen und Ganzen zumindest auf dem bisherigen Niveau zu stabilisieren. Eindringlich weisen der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund aber darauf hin, dass sich die finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen nicht auf das Jahr 2020 beschränken.

Dem können wir als GVV Burgenland nur beipflichten – auch hierzulande wird es mit dem Ende des Jahres 2020 noch lange nicht vorbei sein mit den finanziellen Auswirkungen dieser Pandemie. Auch für die Jahre 2021 und 2022 sind weitere Hilfen des Bundes notwendig, damit die Kommunen ihre Aufgaben umfassend erfüllen und auch investieren können. Der Bund muss daher zügig auch für diese beiden Jahre eine finanzielle Perspektive für die Kommunen aufzeigen und rasch umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer



**GVV Infoabend mit LH Hans Peter Doskozil:** Zu einem Infoabend über das Reformpaket des Landeshauptmannes lud der GVV Anfang September ins Kulturzentrum nach Eisenstadt. Mehr als 80 Gemeindevertreter aus allen Bezirken nahmen teil. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil erläuterte seine Vorstellungen und im Anschluss gab es die Möglichkeiten Fragen zu stellen. Aufgrund der Coronapandemie fand die Veranstaltung unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen statt. Abstand bei den Sitzplätzen, kein Buffet, Mund-Nasenschutz außerhalb des Sitzplatzes sowie Handdesinfektion waren vorgeschrieben. Insgesamt wurde dieses Format des Austausches zwischen Landesregierung und Gemeindevertretern von allen Beteiligten als sehr positiv bewertet und soll auch wiederholt werden. GVV Präsident Trummer zeigte sich zufrieden: „Es ist wichtig diesen Austausch regelmäßig zu pflegen, und zwar direkt und ungefiltert! Dafür hat sich das Format eines solchen Infoabends bewährt und soll auch deshalb fortgesetzt werden!“

Foto: GVV Burgenland

## SPÖ-Sieg bei Wahl der Jugendreferenten

Die SPÖ/Sozialistische Jugend (SJ) erzielte bei den BezirksjugendreferentInnenwahlen, die Ende September abgeschlossen wurden, einen Erdrutschsieg. In sechs von sieben Bezirken werden die BezirksjugendreferentInnen sowie deren StellvertreterInnen von der SPÖ gestellt. Auch im Jugendbereich ist das Burgenland somit fest in „roten Händen“. „Wir haben eindeutig gezeigt, dass wir mobilisieren und Jugendliche im ganzen Land begeistern können. Hier zeigt sich einmal mehr, dass es unsere Stärke ist, Menschen für unsere Politik entlang der Interessen den Menschen zu begeistern“ so SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Fürst und SJ-Landessekretär Simon Luckinger. Erstmals konnten auch Bezirke gewonnen werden, in denen noch nie eine SPÖ-Kandidatin oder ein SPÖ-Kandidat das Rennen für sich entscheiden konnte.

Die SJ hat mit den neugewählten ReferentInnen viel vor. „Gemeinsam mit den BezirksjugendreferentInnen werden wir wichtige Themen für die Jugendlichen im Burgenland umsetzen“, so Luckinger, der die Wahl organisierte.

## Kommunen wollen mehr Lehrlinge ausbilden, der Bund muss für die Finanzierung aufkommen

**Die Corona-Krise führt zu massiver Jugendarbeitslosigkeit. Viele Gemeinden würden verstärkt Lehrlinge ausbilden, wenn der Bund die Kosten dafür übernimmt. Der GVV Burgenland begrüßt den Vorstoß vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.**

In einem offenen Brief an die Bundesregierung sprechen sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den Bundesländern sowie die Gewerkschaft yunion dafür aus, dass Gemeinden und Städte verstärkt Lehrlinge ausbilden sollen, um die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, wenn der Bund die Ausbildung finanziert. „Durch die Corona-Krise haben die Gemeinden ein massives finanzielles Problem. Gleichzeitig werden laut Prognosen rund 10.000 Lehrstellen fehlen. Gemeinden und Städte wä-

ren bereit verstärkt Lehrlinge auszubilden, wenn der Bund für die Finanzierung aufkommt“, so der Vorsitzende des sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbandes Burgenland, Bgm. Erich Trummer.

Im August waren um 36 Prozent mehr junge Menschen arbeitslos als im Vorjahr. Und laut Prognosen fehlen rund 10.000 Lehrstellen. Gefordert ist jetzt die öffentliche Hand, denn vielen Unternehmen fehlen durch die Corona-Krise die Mittel, um Lehrlinge aufzunehmen. Deshalb haben sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Österreich sowie die Gewerkschaft yunion zusammengeschlossen, um auf diese Problematik aufmerksam zu machen und für eine verstärkte Lehrausbildung durch die Kommunen Werbung zu machen. „Es funktioniert ganz einfach: Gemeinden und Städte stellen den Ausbildungsplatz zur

Verfügung und garantieren eine gute Ausbildung, und der Bund bezahlt es. So leisten alle einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, so Unterfrauenhaid's Bürgermeister Friedrich Kreisits.

Dass die Finanzierung dieses Projekts vom Bund kommen müsse, stellt Hirms Bürgermeisterin Inge Posch klar: „Die eine Milliarde, die den Kommunen versprochen wird, ist einerseits bei weitem nicht ausreichend. Nach letzten Prognosen des Zentrums für Kommunalforschung werden den Kommunen 2,2 Milliarden an Einnahmen fehlen. Dazu kommt, dass Gemeinden bei Projekten die Hälfte der Kosten selbst aufbringen. Viele Gemeinden wissen schon jetzt nicht, wie sie ihr Personal bezahlen sollen – wie sie dann ein neues Projekt auch noch zur Hälfte finanzieren sollen, ist mir schleierhaft.“



Heizen geht ins Geld, für Einkommensschwache gibt es Unterstützung

Foto: GVV Burgenland

## 165 Euro Heizkostenzuschuss

Bedingt durch die gestiegenen Preise für Heizmittel und Brennstoffe haben die KonsumentInnen für die Beheizung von Wohnräumen wesentlich höhere Aufwendungen zu tätigen. Diese Entwicklung trifft einkommensschwache Haushalte mit besonderer Härte. Der Heizkostenzuschuss wird unabhängig von der Art der verwendeten Brennstoffe in der Höhe von 165 Euro gewährt, sofern nachstehende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Hauptwohnsitz im Burgenland, Stichtag 7. September 2020
- Bezug eines monatlichen Einkommens bis zur Höhe des Nettobetrag des jeweils geltenden ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatzes sowie des burgenländischen Mindestsicherungsgesetzes

Nettobetrag des Ausgleichszulagenrichtsatzes 2020

- für alleinstehende Personen: 918 Euro
- für alleinstehende PensionistInnen (mit mindestens 360 Beitragsmonaten): 1080 Euro
- für Ehepaare/Lebensgemeinschaften: 1.377 Euro
- pro Kind: 177 Euro
- für jede weitere Person im Haushalt: 459 Euro

Details zum Heizkostenzuschuss gibt es auf [www.burgenland.at/themen/soziales/heizkostenzuschuss/](http://www.burgenland.at/themen/soziales/heizkostenzuschuss/).

Anträge können bis zum 31. Dezember 2020 am Gemeindeamt in der Hauptwohnsitzgemeinde gestellt werden (Achtung: Veränderter Zeitraum gegenüber früherer Jahre.)

## Neue Impulse für leistbares Wohnen und mehr Förderung für die Gemeinden

**Gute Nachrichten für die burgenländischen Häuslbauer: Die neue Wohnbauförderungs-Richtlinie für 2021 bringt weitere Verbesserungen.**

Die Attraktivierung der Darlehenskonditionen, Verbesserungen im Bereich der Sanierung, eine Erweiterung und Anpassung des Bonussystems, wie beispielsweise die Erweiterung und Anpassung des Bonussystems auf Basis des Öko-Index, die Förderung von Dach- und vertikalen Außenbegrünungen, ein Bonus für Bauen oder Sanieren in Abwanderungsgemeinden oder eine höhere Förderung für bodenverbrauchssparendes Bauen - das sind die wichtigsten Neuerungen der Wohnbauförderungs-Richtlinie für 2021, die vom zuständigen Landesrat Heinrich Dorner Anfang Juli 2020 präsentiert wurde und die per 01.01. 2021 in Kraft treten soll. Ende 2018 wurde die „Wohnbauförderung Neu“ beschlossen.

GVV-Präsident Erich Trummer: „Mit diesem Bonus für die Gemeinden, die von Ab-



Landesrat Mag. Heinrich Dorner mit GVV Burgenland-Präsident Erich Trummer

Foto: GVV Burgenland

wanderung bedroht sind, werden wichtige Impulse und Anreize geschaffen, in dieser Gemeinde zu bleiben oder in diese Gemeinde zu ziehen. Damit werden strukturschwache Regionen, wie zum Beispiel Teile des Südburgenlandes, stark aufgewertet. Das ist in einer Phase, in der unsere Kommunen vor große Herausforderungen stehen, ein wichtiger Impuls seitens des Landes.“

### Info-Box

#### Die Wichtigsten Neuerungen der WBF-Richtlinie 2021

- Die Darlehenskonditionen werden attraktiver: In Hinkunft gibt es eine Fixverzinsung mit 0,9 Prozent auf 30 Jahre bei gleichbleibender Annuität (1,91 Prozent)
- Verbesserungen im Bereich der Sanierung: Der maximal förderbare Betrag der energetischen Sanierung wird auf 45.000 Euro aufgestockt (bisher: 30.000 Euro).
- Erweiterung und Anpassung des Bonussystems auf Basis des Öko-Index: Wer ökologisch baut, kann sein Basisdarlehen um bis zu 40 Prozent erhöhen.
- Dachbegrünungen und vertikale Außenbegrünungen werden bei
- Neubau oder Sanierung gefördert: Dach Extensiv: max. 3.000 Euro, Dach Intensiv: max. 4.000 Euro, Fassade: max. 5.000 Euro
- Höhere Förderung für bodenverbrauchssparendes Bauen: Erhöhung der Beträge für den Baulückenschluss von 70 auf 100 Euro/m<sup>2</sup> (+ 30 Euro) (Wohnnutzfläche), von max. 12.600 (Deckelung) auf 20.000 Euro (+ 7.400 Euro)
- NEU für die Gemeinden - ein Bonus für sogenannte Abwanderungsgemeinden: Wer in einer Abwanderungsgemeinde (ab zwei Prozent Abwanderung) baut oder saniert, erhält bis zu 15.000 Euro Darlehenserhöhung.



**GMOA and more: Akademie für junge GemeinderätInnen ging in die 6. Runde:** Mit September 2020 startete der Gemeindevertreterverband Burgenland, das Renner Institut Burgenland und die SJ Burgenland gemeinsam die sechste Ausgabe der Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland. Das Bildungsangebot richtet sich an 16- bis 28-jährige junge KommunalpolitikerInnen und solche, die es noch werden wollen. In sechs ganztägigen Modulen erweitern die TeilnehmerInnen ihr politisches Wissen und erlernen die nötigen Softskills für ihre Arbeit in den Gemeinden. Weiters stehen Vernetzung, Ideenaustausch sowie die Entwicklung und Umsetzung konkreter Projekte auf dem Plan. Im ersten Modul lernten die jungen Erwachsenen über die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Die Exkursion „Rotes Burgenland“ führte an historische Orte im Burgenland, an denen sozialdemokratische Geschichte geschrieben wurde und wird und machte Geschichte somit hautnah erlebbar.

Foto: GVV Burgenland

## 7,2 Mio. Euro Corona-Hilfe bis Ende August

Das Land Burgenland hat im Zuge der Corona-Krise ein Bündel an Unterstützungsleistungen geschaffen und im Frühling ein Corona-Maßnahmenpaket mit einem Gesamtvolumen von 13,06 Mio. Euro geschnürt, um Betroffenen rasche und unbürokratisch zu helfen. Bis zum Stichtag 31. August konnten bereits 7,2 Millionen Euro aus dem Corona-Maßnahmenpaket freigegeben werden, gaben Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann bekannt. „Im Sozialbereich haben wir außerdem eine Arbeitsstiftung für Arbeitslose nach COVID19-bedingten Insolvenzen implementiert, im Tourismus war das Burgenland Bonusticket das wichtigste Instrument – 428.000 Euro wurden inzwischen freigegeben“, hob LH Doskozil hervor. Maßnahmen gibt es in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und im Bereich der Kulturförderung. Ein neues Instrument zur Stärkung von Betrieben wurde in Aussicht gestellt: Es wird eine Art Beteiligungsfonds geben, um Unternehmen, bei denen eine Beteiligung Sinn macht, aufzufangen.



## Mehr WIND – mehr am KONTO

Einfach, genial: Sie profitieren von der Windstromproduktion im Burgenland und erhöhen so Ihren persönlichen Ökostromanteil. Eine garantierte Menge an sauberer Windenergie wird Ihrer Jahresrechnung gutgeschrieben. Bei weniger Wind ändert sich nichts, bei mehr Wind erhöht sich Ihre Gutschrift!  
[www.energieburgenland.at](http://www.energieburgenland.at)



Windkonto  
anmelden und von  
jedem Lüfterl  
profitieren.

Ich bin  
Energie-  
Gewinner.



Gut besucht war die Sitzung des Österr. Gemeindebundes. Situationsbedingt war Covid-19 natürlich ein Thema. Die Folgen der Pandemie treffen die Gemeinden finanziell bis ins Mark. Die kommenden Verhandlungen mit dem Bund zum Finanzausgleich werden spannend.

Foto: GVV Burgenland

## Österr. Gemeindebund lud zur Vorstandssitzung

Anfang September fand in Innsbruck die Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes statt. Dieses höchste Gremium des Verbandes tagt normalerweise zwei Mal im Jahr. Dabei hat jeder Landesverband eine bestimmte Anzahl an Delegierten, je nach Größe. Für den GVV Burgenland sind Präsident Erich Trummer und Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska ständige Mitglieder des Bundesvorstandes. Ebenfalls dabei sind alle Landesgeschäftsführer der Landesverbände sowie die Ehrenmitglieder.

Thema der Sitzung waren neben statutarischen Notwendigkeiten auch die COVID-19 Krise, die die Städte und Gemeinden besonders trifft, die ersten Vorbereitungshandlungen für den kommenden Finanzausgleich sowie generell die finanzielle Situation der Gemeinden. Aus burgenländischer Sicht wurde auch nochmals der Antrag des GVV Burgenland diskutiert, der beim Präsidium in Bad Aussee eingebracht wurde. Es geht darin um die Forderung des GVV Burgenland nach einer Einlagensicherung für Gemeinden sowie um eine Ausfallhaftung des Bundes für die betroffenen Gemeinden im Finanzskandal rund um die Commercialbank Burgenland. Hier wurde nochmals betont, dass sich der Österreichische Gemeindebund dieses Themas intensiv annehmen wird.

Für den GVV Burgenland in Innsbruck dabei war der 1. Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold.

## Bgm. Dieter Posch aus Neudorf neuer SPÖ Bezirksvorsitzender

**Im Martinhof Neudorf ging Mitte September die außerordentliche Bezirkskonferenz der SPÖ Bezirk Mattersburg über die Bühne. Neudorfs Bürgermeister Dieter Posch wurde mit 95 Prozent zum neuen SPÖ Bezirksvorsitzenden gewählt.**

Unter Einhaltung der Corona-Maßnahmen begaben sich knapp 180 anwesende Gäste, darunter auch Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, zur Wahl des neuen Bezirksparteivorstandes. Für den GVV Burgenland dabei waren die Hirmer Bürgermeisterin und GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska sowie die beiden Landesgeschäftsführer des GVV. Spitzenkandidat, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister Dieter Posch aus Neudorf, durfte sich dabei über ein großes Vertrauensvotum freuen. Er wurde mit knapp 95 Prozent zum neuen SPÖ-Bezirksparteivorsitzenden des Bezirks Mattersburg gewählt. Er folgt damit dem Langzeitvorsitzenden Christian Illedits nach. Auch seine StellvertreterInnen, Landtagsabgeordnete und Bezirksfrauenvorsitzende Claudia Schlager aus der

Stadt Mattersburg, die Sigleßer Vizebürgermeisterin Ulrike Kitzinger sowie Arbeiterkammer-Präsident Gerhard Michalitsch, wurden bei der Bezirkskonferenz mit übertragender Mehrheit gewählt. „Mit so einem Prozentsatz gewählt zu werden, ist keine Selbstverständlichkeit. Ich möchte mich daher bei allen Genossinnen und Genossen für ihr Vertrauen, das wir sicher nicht enttäuschen werden, bedanken“, so der neue Bezirksvorsitzende. In seiner neuen Funktion möchte Posch mit seinem Team im Bezirk neu durchstarten: „Es waren ereignisreiche Wochen und Monate, die der Bezirk Mattersburg erleben musste. Es wird jedoch an der Zeit, nicht zurückzuschauen, sondern nach vorne zu blicken. Es ist viel zu tun und wir sind motiviert, uns den politischen Herausforderungen der Zukunft zu stellen und diese auch zu meistern!“ GVV Präsident Trummer gratuliert allen Gewählten zu ihren neuen Funktionen, hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Vorsitzenden und bedankt sich auch beim bisherigen Vorsitzenden Christian Illedits für die gute Zusammenarbeit auf Ebene der Gemeinden.



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil freut sich mit Dieter Posch über dessen Wahl zum Bezirksvorsitzenden

Foto: GVV Burgenland

**Klubklausur des SPÖ Landtagsklubs in Bad Tatzmannsdorf:** Anfang September traf sich der SPÖ Landtagsklub zu einer zweitägigen Klubklausur in Bad Tatzmannsdorf. Ein Schwerpunkt dieser Klausur war am zweiten Tag auch der Vorbereitungsstand für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2022 im Burgenland. GVV Präsident Erich Trummer sowie die beiden



Landesgeschäftsführer waren vor Ort, um über den Stand zu berichten. Die Vorbereitung für die GRW 2022 fällt in den Hauptaufgabenbereich des 2. GVV Landesgeschäftsführers Patrick Hafner, der auch die Präsentation gestaltete und durchführte. Insgesamt wird der GVV durchgehend bis zur Wahl als einer der Hauptverantwortlichen neben der SPÖ Burgenland agieren. Foto: GVV Bgld.





Landesrat  
DDr. Leo  
Schneemann

## LR Schneemann: „Brauchen Mix aus Stabilisierung und Investition“

**M**itte August nahm Leonhard Schneemann seine Arbeit als neuer Landesrat in der Burgenländischen Landesregierung auf. Die „Neue Gemeinde“ sprach mit ihm.

**GVV:** Herr Landesrat, Sie sind seit 13. August im Amt. Können Sie schon eine Bilanz ziehen?

**LR Schneemann:** Politik ist ein abwechslungsreiches Betätigungsfeld und unglaublich spannend. Ich baue mit dem Zukunftsplan Burgenland auf einem starken Fundament auf. Mit den Maßnahmen kann ich mich zu 100% identifizieren, und daher werde ich diesen Weg mit aller Konsequenz verfolgen. In nur wenigen Wochen habe ich bereits einige Initiativen gesetzt und umgesetzt. Ich habe zum Beispiel gemeinsam mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und dem AMS eine Insolvenzstiftung ins Leben gerufen, die allen Burgenländerinnen und Burgenländern helfen wird, die auf Grund der Commerzialbank-Pleite oder auch auf Grund von Corona ihren Arbeitsplatz verlieren. Ich habe natürlich in der ersten Zeit meine Rolle als Landesrat für mich definiert: Mein Ziel ist es, jeder Burgenländerin und jedem Burgenländer ein sicheres Leben garantieren zu können – das beinhaltet soziale Sicherheit und finanzielle Sicherheit. Ich möchte all jene unterstützen, die es brauchen und dabei sicherstellen, dass Steuergeld treffsicher eingesetzt wird.

*Stammt dieser Ansatz noch aus ihrer Zeit als Bürgermeister?*

Natürlich hat das mit meiner politischen

Vergangenheit zu tun. Ich war zehn Jahre lang Bürgermeister der Gemeinde Unterkohlstätten und aus dieser Zeit habe ich viel mitgenommen. Ich möchte das Ohr weiterhin nah an der Bevölkerung haben. Ich kenne auch die Anliegen und Sorgen unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus erster Hand – ich bin einer von ihnen. Daher freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern. Gemeinsam können wir die Krise, mit deren Folgen wir uns konfrontiert sehen, auch überwinden.

*Wie sehr hat uns Corona getroffen?*

Im Jahr 2019 verzeichnete das Burgenland einen Beschäftigungsboom und eine historisch niedrige Arbeitslosigkeit. Der GVV war übrigens maßgeblich am Aufbau des Burgenlandes beteiligt. Von den Gemeinden ging die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Ausbau der Infrastruktur aus. 2020 schlug COVID19 unmittelbar zu, im Bezirk Mattersburg kam die Insolvenz der Commerzialbank hinzu. Das Land Burgenland ist rasch eingesprungen und half den burgenländischen Unternehmen mit existenzsichernden Maßnahmen. Wir sehen aber, dass sich die Wirtschaft nur langsam erholt. Wir wissen auch nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickelt. Wirtschaftlich gesehen braucht es einen Mix aus Stabilisierung und Investition. Nach den existenzsichernden Maßnahmen der vergangenen Monate sind jetzt konjunkturfördernde Maßnahmen gefragt.

## Zur Person

### Leben

Leonhard Schneemann besuchte nach der Volksschule in Oberkohlstätten und der Hauptschule in Stadtschlaining die Handelsakademie in Oberwart, wo er 1988 maturierte. Anschließend begann er ein Studium der Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), das er 1993 mit Diplom abschloss. 1993/94 war er Verkaufsleiter bei der Wiener Allianz. 1994 begann er ein Doktoratsstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien, wo er 1998 promovierte.

Ab September 1994 unterrichtete er an der Höheren Bundeslehranstalt Oberwart. Ab 2007 war er für die Aus- und Weiterbildung von Lehrern in berufsbildenden Schulen zuständig. 2014 wechselte er nach Bad Tatzmannsdorf, wo er zunächst Prokurist bei der im Eigentum des Landes Burgenland befindlichen Kurbad Tatzmannsdorf AG wurde, deren Aufsichtsrat er zuvor von 2008 bis 2013 war. 2015 wurde er Vorstandsvorsitzender der Kurbad Tatzmannsdorf AG, die unter seiner Führung in Reduce Gesundheitsresort umbenannt wurde.

Schneemann ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Er ist Jäger, spielt Akkordeon, Orgel und Trompete und war ehrenamtlicher Ortsstellenleiter des Roten Kreuzes in seinem Heimatort Unterkohlstätten.

### Politik

Schneemann war ab 1997 Gemeinderat und Gemeindevorstand und wurde 2000 SPÖ-Ortsparteiobmann in seiner Heimatgemeinde Unterkohlstätten. Bei der Nationalratswahl 2002 kandidierte er für den österreichischen Nationalrat. 2004 wurde er SPÖ-Gemeindevorsitzender. 2006 wurde Schneemann als Nachfolger von Franz Klein Bürgermeister von Unterkohlstätten. Bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterdirektwahl 2007 und 2012 wurde er im Amt bestätigt. Von 2010 bis 2013 war Schneemann auch Obmann des Burgenländischen Müllverbandes.



Michael Schmidt ist neuer Vizebürgermeister in St. Andrä. NR Maximilian Köllner, LAbg. Kilian Brandstätter und Mag.<sup>a</sup> Ulrike Zschech (BH ND) gratulierten. Foto: Fritz Radlspäck



Mörbisch: Vizebgm. Bettina Zentgraf mit LH-Stv. Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf, LAbg. Rita Stenger und BR Mag.<sup>a</sup> Sandra Gerdenitsch. Foto: SPÖ Bezirk Eisenstadt



Harald Neumayer ist neuer Vizebürgermeister in Purbach. Auch LH-Stv. Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf gratulierte. Foto: SPÖ Bezirk Eisenstadt

## Rochaden in den Gemeindestuben

**I**m heurigen Jahr gab es in acht Gemeinden auf SPÖ-Seite einen Wechsel bei den VizebürgermeisterInnen.

### Bezirk Neusiedl:

- In St. Andrä folgte Michael Schmidt auf Christoph Perlinger

### Bezirk Eisenstadt-Umgebung:

- Mörbisch: Bettina Zentgraf folgte auf Jürgen Marx
- Purbach: Harald Neumayer ist neuer Vizebürgermeister. Er wurde nach Gerhard Wein gewählt.

### Bezirk Oberpullendorf:

- Horitschon: Gerhard Petschowitsch beerbte Franz Minasch
- Ritzing: Robert Trimmel legte seine Funktion zurück. Zum neuen Vizebürgermeister wurde Jochen Müller gewählt

### Bezirk Oberwart:

- Hannersdorf: Roman Hörist folgte auf Roland Gabriel
- Rotenturm: In der SPÖ-Hochburg

wechselte der Vizebürgermeister von Manfred Schöckl zu Reinhard Kukits

### Bezirk Jennersdorf:

- Rudersdorf: LAbg. Ewald Schneckner legte das Amt nieder. Auf ihn folgte David Venus.

Der GVV Burgenland gratuliert den „Neuen“ in ihren Funktionen, wünscht ihnen alles Gute für die neue Herausforderung und dankt den ausgeschiedenen für die vorbildliche Arbeit im Sinne ihrer Heimatgemeinde und des Landes Burgenland.



Bezirkshauptmann WHR Dr. Helmut Nemeth übergab Roman Hörist das Ernennungsdekret. Foto: SPÖ Hannersdorf



Jochen Müller übernahm in Ritzing die Funktion des Vizebürgermeisters. Foto: SPÖ Bezirk Oberpullendorf



Bürgermeister Manfred Wagner mit Vizebürgermeister Reinhard Kukits. Foto: Gemeinde Rotenturm



In Rudersdorf übernahm David Venus von LAbg. Ewald Schneckner die Funktion des Vizebürgermeisters. Foto: SPÖ Rudersdorf



Horitschon: Vizebürgermeister Gerhard Petschowitsch mit Franz Minasch und BR Mag.<sup>a</sup> Sandra Gerdenitsch



Bürgermeisterin Klaudia Friedl überzeigte sich vom Fortschritt der Arbeiten am Kanalsystem  
Foto: GVV Burgenland

## Steinberg-Dörfl: Kanalsystem vollständig auf Trennsystem umgestellt

**E**in großes Investitionsprojekt geht in der Gemeinde Steinberg-Dörfl (Bezirk OP) zu Ende. Das gesamte Kanalnetz wurde über ein Jahrzehnt auf Trennsystem umgestellt.

Bürgermeisterin Klaudia Friedl ist erleichtert,

dass diese notwendige Investition endlich ihren Abschluss findet. Zuletzt wurde in Steinberg auch die Straßenbeleuchtung in der Unteren Hauptstraße erneuert. Die Arbeiten haben sich aufgrund der Coronakrise zeitlich ein wenig verzögert.

## Sanierung und Erweiterung – Kindergarten Bocksdorf

**F**leißig umgebaut und erweitert wird zurzeit im Kindergarten Bocksdorf, Bezirk Güssing. Die bisher zweigruppig geführte Betreuungseinrichtung wird zurzeit um eine Kinderkrippe erweitert und das in den 1970er Jahren errichtete Gebäude grundlegend saniert.

„Aufgrund der gestiegenen Nachfrage haben wir uns zu dieser Investition entschlossen. Ich bin überzeugt, dass diese richtig und wichtig für die Attraktivität unserer Gemeinde vor allem in der Zukunft sein wird“, so Bürgermeister Franz Pelzmann. Der Kindergarten und die künftige -krippe werden in Kooperation mit den Gemeinden Heugraben und Rohr betrieben. Investiert



Bürgermeister Franz Pelzmann vor dem Kindergarten: die Arbeiten gehen voran  
Foto: GVV Burgenland

werden mit dem aktuellen Bauvorhaben rund 330.000 Euro.

## WIFI4EU in der Gemeinde Kobersdorf

An zehn Orten in der Gemeinde Kobersdorf, Bezirk OP, wurden WLAN-Hotspots errichtet. Sie ist eine von europaweit 1780 Gemeinden, die im dritten Aufruf im Rahmen der Digitalisierungsoffensive der Europäischen Union für die kostenlose Installation von WLAN-Hotspots den Zuschlag erhielten. Bgm. Klaus Schütz und sein Team haben die Orte mit Bedacht ausgewählt. Er resümiert: „Durch kostenloses WLAN wird der Digitalisierung Rechnung getragen, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und ein Beitrag zur weiteren Modernisierung der Gemeinde geleistet.“ Ein WLAN-Hotspot wurde beim Ausweichquartier des Gemeindeamtes, dem Gemeindezentrum im Ortsteil Lindgraben, errichtet. Das Gemeindeamt wird aktuell umgebaut.



Bürgermeister Klaus Schütz am einem der zehn Standorte, an denen einer der WLAN-Hotspots installiert wurde  
Foto: GVV Burgenland



# Kriminalfall Commercialbank Mattersburg: Versagen des

## Finanzminister rückt Gemeinden in die Nähe von Spekulanten

Wer den Schaden hat braucht für den Spott nicht zu sorgen, heißt ein altes Sprichwort. Mit Spott übergießt das Finanzministerium die vom Commercialbank-Skandal betroffenen Gemeinden – diesen Schluss lässt das ministerielle Antwortschreiben auf den offenen Brief des GVV Burgenland zur finanziellen Entschädigung in dieser Causa geschädigter Gemeinden zumindest zu. Darin heißt es nämlich: „...„Wenn auf Ebene der Gemeinden risikoreiche Veranlagungsentscheidungen getroffen werden, dann müssen Konsequenzen für den Verlust von Steuergeldern auch auf Ebene der verantwortlichen Entscheidungsträger getragen werden. Ein Ersatz derartiger Verluste aus Bundesmitteln ist nicht vorgesehen und wäre gegenüber den vielen Gemeinden, die risikoavers bei systemrelevanten Instituten veranlagen (...) ungerecht.“

Damit rückt das Finanzministerium die geschädigten Gemeinden in die Nähe von wüsten Spekulanten. Pech gehabt, die Gemeinden sind selbst schuld, dass das Geld weg ist. Über die vom GVV Burgenland in seinem offenen Brief angeführten Unzulänglichkeiten der staatlichen Prüforgane – offenbar versagten mehrere Prüfungen der Finanzmarktaufsicht und der Nationalbank, auch die 2015 erfolgte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt – verliert das Finanzministerium kein einziges Wort.

Nimmt man die Antwort des Finanzministeriums für bare Münze, heißt das, dass nicht systemrelevante kleine Banken trotz staatlichem „Gütesiegel“ nach erfolgter Prüfung durch FMA und Notenbank nicht vertrauenswürdig sind. Auch der Verankerung einer gesetzlichen Einlagensicherung für Gemeinden erklärt das Finanzministerium eine Absage. Immerhin: Die Aufklärung des Kriminalfalls ist dem Finanzministerium „ein dringliches Anliegen“. Aber: Dafür sei die Justiz zuständig.

**Der Kriminalfall Commercialbank Mattersburg zieht weite Kreise: Insgesamt sind 60.000 Kundinnen und Kunden betroffen, viele private Sparer, Wirtschaftsbetriebe und auch einige Gemeinden haben viel Geld verloren. Während das Land Betroffenen durch Sofortmaßnahmen hilft und sie unterstützt, und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil auf volle Aufklärung drängt, blieb der Bund, trotz offensichtlichem Versagen der staatlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht und die Nationalbank, bisher untätig. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Kurz und Finanzminister Blümel, fordert GVV-Präsident Erich Trummer eine finanzielle Entschädigung des Bundes. Das Land Burgenland wird einen Musterprozess gegen den Bund führen.**

„Warum haben die Kontrollmechanismen nicht funktioniert? Es haben dabei offenbar die Prüfungen der Finanzmarktaufsicht, der Österreichischen Nationalbank sowie der zuständigen Wirtschaftsprüfungskanzlei versagt. Auch eine von der Finanzmarktaufsicht 2015 eingebrachte Anzeige wegen

Untreueverdachts wurde von der zuständigen Staatsanwaltschaft Eisenstadt nicht weiterverfolgt. „Es gab aber keinerlei Konsequenzen“, weist Trummer darauf hin, dass es ein multiples Aufsichtsversagen zentraler bundesstaatlicher Instanzen gegeben haben dürfte. Denn wenn ein solcher Finanzskandal aufbreche und es nachweislich Indizien und Hinweise gäbe, die vielleicht zum damaligen Zeitpunkt nicht genügend Substrat hatten, um strafrechtliche oder andere behördliche Konsequenzen auszulösen, so wäre es doch – aus Sicht des GVV – in höchstem Maße angebracht gewesen, dass hier zumindest die FMA die „Commercialbank im Burgenland AG“ in der Folge auf „Herz und Nieren“ geprüft beziehungsweise alle notwendigen Schritte unternommen hätte, um diese nun drohende Insolvenz zu verhindern. Eine genau Prüfung zum damaligen Zeitpunkt hätte möglicherweise einen Großteil des Schadens, der heute, 2020, zu Tage tritt, verhindert, so Trummer.

### Mitverantwortung des Bundes

Daher sieht der GVV sehr wohl eine Mitverantwortung des Bundes. Die Gemein-

Eisenstadt 31.07.2020

### **Betreff: Commercialbank Mattersburg – Aufsichtsbehördliches Versagen – Entschädigung – URGENZ!**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler  
Sehr geehrter Herr Finanzminister!

Seit unserem Schreiben an Sie am 24.7.2020, betreffend Mitverantwortung des Bundes bzgl. finanzieller Hilfe für die geschädigten Gemeinden, ist nun die „Commercialbank Mattersburg im Burgenland AG“ von der Finanzmarktaufsicht, mit einer Überschuldung von 528 Millionen Euro, endgültig in Insolvenz geschickt worden. Diese Insolvenz trifft auch die betroffenen Gemeinden mit einem Einlagenverlust von rund 6 Millionen Euro.

Inzwischen sind weitere Unzulänglichkeiten der staatlichen Prüforgane zu Tage getreten. Offenbar versagten mehrere Prüfungen der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Nationalbank (OeNB) sowie auch die 2015 erfolgte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt (StA) wurde nicht weiterverfolgt. Auch die regelmäßigen Prüfungen der privaten Wirtschaftsprüfungskanzlei (TPA) versagten. Jedenfalls konnten sie den nun entstandenen Schaden von den Bürgerinnen und Bürgern, von den vielen Betrieben und schließlich auch von vielen Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden sowie von betroffenen Landesbeteiligungsgesellschaften nicht abwenden.

Wir haben Sie deshalb in unserem offenen Brief vor einer Woche aufgefordert, finanzielle Hilfe seitens des BMF für die betroffenen Gemeinden zur Verfügung zu stellen und in weiterer Folge eine gesetzliche Einlagensicherung für Gemeinden in adäquater Höhe zu verankern! Jedenfalls ist nun rasche Hilfe erforderlich! Leider haben wir aber bis dato keine Antwort erhalten.

Offener Brief: der GVV Burgenland fordert Entschädigung für Gemeinden vom Bund

# Bundes bei behördlicher Aufsicht



Die Finanzmarktaufsicht FMA hat am 14. Juli dieses Jahres den Fortbetrieb der Commercialbank Mattersburg untersagt. Eine bereits 2015 von der FMA eingebrachte Anzeige wegen Untreueverdacht wurde von der Staatsanwaltschaft nicht weiterverfolgt. Schon 2018 gab es einen dokumentierten Verdacht auf Geldwäsche. Foto: LMS

den behalten sich vor, sich einer möglichen Amtshaftung gegen die Organe der Republik Österreich anzuschließen. „Von Kurz und Blümel verlange ich seitens des GVV hier Verantwortung für die Unzulänglichkeit der staatlichen Prüforgane zu übernehmen und entsprechend finanzielle Hilfe seitens des BMF für die betroffenen Gemeinden zur Verfügung zu stellen“, so Trummer, der außerdem eine gesetzliche Einlagensicherung für Gemeinden in adäquater Höhe fordert, um in solchen Situationen eine Schadensdämpfung für die Gebietskörperschaften und somit für die Steuerzahler zu ermöglichen (mehr dazu im Artikel rechts).

## Land hilft durch Sofortmaßnahmen

Während sich der Bund aus seiner Verantwortung stiehlt (Kasten links) und die Opposition im Burgenland sich in bloßer Polemik vergeht und von den wahren Verantwortlichen ablenken will, unterstützt die SPÖ-geführte Landesregierung Betroffene mit aller Kraft und hat Sofortmaßnahmen eingeleitet. Beratungsstellen für Privatkunden und für Unternehmen wurden ebenso eingerichtet, wie eine Rechtsberatung und Haftungsübernahmen für Unternehmerkredite. Für die Kommunen wurde ein Gemeindepaket mit Hilfsmaßnahmen

geschnürt. „Die Commercialbank ist eine Privatbank, die zum Kriminalfall geworden ist - offenbar wurden über einen langen Zeitraum Bilanzen gefälscht. Ich habe immer klar gesagt: Die Staatsanwaltschaft muss für lückenlose Aufklärung sorgen und die Verursacher müssen zur Verantwortung gezogen werden. Betroffene müssen über die gesetzliche Einlagensicherung rasch zu ihrem Geld kommen - das Land unterstützt dabei mit Informations- und Beratungsleistungen. Aufsicht und Kontrolle haben versagt - Finanzmarktaufsicht, Nationalbank, Wirtschaftsprüfer und der Aufsichtsrat“, stellt Landeshauptmann Doskozil einmal mehr klar. Der ÖVP Burgenland empfiehlt in der Causa Commercialbank dringend vor ihrer eigenen Türe zu kehren - „und da hat sie Arbeit genug“.

## Musterprozess gegen den Bund

Das Land Burgenland wird als Geschädigter - die mehrheitlich im Besitz des Landes stehende Energie Burgenland und das Regionalmanagement Burgenland, eine 100-Prozent-Tochter des Landes, sind unter den Geschädigten - den Weg der Amtshaftung beschreiten und Musterprozess initiieren - auch im Interesse aller anderen Geschädigten.

# GWV: Einlagensicherung für Gemeinden schaffen

Mitte Juli 2020 hat die Finanzmarktaufsicht der Commercialbank Mattersburg im Burgenland die Fortführung des Geschäftsbetriebes zur Gänze untersagt. Seitdem stehen nicht nur viele BürgerInnen und Unternehmen vor dem Ruin, auch etliche Gemeinden sind von der Bankenschließung betroffen und stehen vor dem finanziellen Abgrund. Andrea Kollross, SPÖ-Kommunalsprecher im Parlament und Bürgermeister von Trumau, startet daher eine Petition zur Schaffung einer gesetzlichen Einlagensicherung für Gemeinden. „Die Einlagensicherung von bis zu € 100.000 für natürliche und juristische Personen greift für Kommunen nicht. Einige Gemeinden sind heuer doppelt getroffen. Zuerst durch den Ausfall der Kommunalsteuern und der Ertragsanteile in Folge der Coronakrise und nun durch den Bilanzskandal“, so Kollross.

Während PrivatkundInnen durch die Einlagensicherung bis zu einem Betrag von 100.000 Euro abgesichert sind, gehen alle betroffenen Gemeinden leer aus. „Hier wollen wir für die Zukunft einen Mechanismus, der bei betroffenen Gemeinden schnell greift“, zeigt sich der GVV Burgenland Präsident Erich Trummer besorgt. Ein dementsprechender Antrag wurde bereits in der Gemeindebund Österreich Präsidiumssitzung Ende August eingebracht. Gemeindebundpräsident Alfred Riedl hat - nach Zustimmung aller Landesverbände - auch versprochen, an die Bundesregierung heranzutreten, um dies rasch umzusetzen. Trummer: „Wir haben in dem Antrag eine Einlagensicherung für die Kommunen gefordert und darüber hinaus eine Ausfallhaftung für die betroffenen Gemeinden durch den Bund, da es sich offensichtlich um ein multiples Aufsichtsversagen staatlicher Prüfinstanzen handelt!“ Für Trummer und Kollross liegt es nun an ÖVP und Grünen endlich echte Unterstützungsprogramme zu starten, „anstatt eine Ankündigungspressekonferenzen nach der anderen abzuhalten und halbherzige Programme ins Leben zu rufen. Eine gesetzliche Einlagensicherung und die Ausfallhaftung für die betroffenen Gemeinden wären erste Schritte, um zumindest die Versorgung gewährleisten zu können“, sind Trummer und Kollross einer Meinung.

## Demokratie-Enquete 2020 in St. Pölten

Der GVV Niederösterreich und der Landtagsklub der SPÖ NÖ veranstalteten Mitte September eine Demokratie-Enquete im Landtagssitzungsaal in St. Pölten. Neben einem Impulsreferat von Dr. Manfred Matzka gab es unter anderem einen Vergleich mit anderen Bundesländern und eine Diskussion mit VertreterInnen aller Parteien des NÖ Landtags, mit dem Ziel, die politische Arbeit der kommenden Jahre in Niederösterreich zu optimieren. Zu Gast war auch GVV Burgenland Präsident Erich Trummer, der über die Erfahrungen mit der Bürgermeisterdirektwahl im Burgenland berichtete.

Ziel der Enquete war es, die demokratischen Rechte auf Landes- und Gemeindeebene in Niederösterreich zu stärken. SPÖ-NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak sieht die Demokratie-Enquete als Anlass für eine Reformierung der Wahlkriterien: „Vor allem der Entfall des nicht-amtlichen Stimmzettels auf Gemeindeebene wäre ein dringend



GVV Burgenland Präsident Erich Trummer nahm die Einladung zur Enquete gerne an

Foto: GVV Burgenland

notwendiger Schritt, um Wählerinnen und Wähler nicht zu verwirren. Diese Zettel sorgen Wahl für Wahl für eine Verärgerung bei freiwilligen BeisitzerInnen und haben mitunter auch für Wahlwiederholungen gesorgt. Eine Wahl sollte ihre Ordnung haben und so einfach und eindeutig wie möglich erledigt werden können, um dem Wählerwillen in optimaler Form gerecht zu werden.

Hinzu kommen die Kriterien ‚1 Person – 1 Stimme! Auf Gemeinde- und Landesebene!‘ sowie der Entfall des Grundsatzes ‚Name vor Partei!‘

GVV Präsident Trummer bedankte sich für die Einladung und bot an, auch zukünftig Erfahrungswerte auf Gemeindeebene – wie zB. den zweiten Wahltag – weiterzugeben.

## Land schnürt Maßnahmenpaket für leistbares Bauland

**In bestimmten Regionen des Burgenlandes ist Bauland in den letzten Jahren zum Teil deutlich teurer geworden. Mit einem Bündel an Maßnahmen wird diesem Trend entgegengewirkt und ein erschwinglicher Bauland-Preis sichergestellt.**

Konkret stellten Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landesrat Heinrich Dorner drei Maßnahmen vor: eine Baulandmobilisierungsabgabe, eine Preisregulierung sowie einen Anspruch auf leistbares Bauland, der bei Baulandknappheit ein Vorkaufsrecht für Gemeindebürger bedeutet.

Künftig soll im Raumplanungsgesetz die Möglichkeit geschaffen werden, als Bauland gewidmete, aber bislang nicht verfügbare Grundstücke für Zwecke der Bebauung zu mobilisieren. Bis Ende 2020 soll daher das Raumplanungsgesetz dahingehend novelliert werden, dass je nach Lage, Erschließung und Dringlichkeit eine bestimmte Mobilisierungsmaßnahme getroffen werden kann.

Der neue Gesetzesentwurf sieht vor, dass – wenn Baulandreserven vorliegen – die Ge-

meinde mit den Grundstückseigentümern verhandeln und einen leistbaren Kaufpreis festlegen muss. Scheitern die Verhandlungen, müssen neue Flächen in Bauland umgewidmet werden. In der Folge wird es auch zu Rückwidmungen von nicht verfügbarem Bauland kommen.

Als Bemessungsgrundlage für die Baulandmobilisierungsabgabe gilt das Flächenausmaß sowie der Quadratmeterpreis. Dabei ist ein Prozentsatz von 0,5% bis 2,5%, gestaffelt nach Grundstücksgröße, von dem von der Landesregierung festgesetzten Baulandpreis vorgesehen. Dieser Baulandpreis ergibt sich aus dem errechneten Grünlandpreis (errechneter Grünlandpreis = 20% vom 5-Jahres-Mittelwert des Baulandpreises der jeweiligen Gemeinde laut Statistik Austria) zuzüglich der Aufschließungskosten (Aufschließungsgebühr = 40 Euro pro Quadratmeter) für das jeweilige Grundstück. Um soziale Gerechtigkeit herzustellen, wurden im Gesetz Ausnahmen von der Abgabe festgelegt.

Es soll auch einen Anspruch auf leistbares

Bauland im Burgenland geben, stellte LH Doskozil deutlich klar: „Bürger, die ihren Hauptwohnsitz bereits seit drei Jahren gemeldet haben, haben einen Anspruch auf ein Gemeindegrundstück zu dem vom Land festgelegten Maximalkaufpreis. Das Raumplanungsgesetz verpflichtet Gemeinden, Baulandgrundstücke zu diesem Preis für die Gemeindebürger bereit zu halten. Steht ausreichend Bauland zur Verfügung, kann die Gemeinde darüber hinaus Grundstücke an andere verkaufen.“

Eine Härtefallklausel ist für Abwanderungsgemeinden geplant. Demnach kann von den geplanten Raumplungsgrundsätzen hinsichtlich geschlossener Bebauung bzw. Landschaftsschutz in Abwanderungsgemeinden abgegangen werden.

Eine weitere Änderung betrifft die Photovoltaik. Analog zur Windenergie-Offensive werden seitens der Landesregierung vorab Eignungszonen definiert, um den Ausbau strukturiert und im Einklang mit den Gemeinden und dem Landschaftsschutz umzusetzen.

## INSPIRE-Richtlinie steht zur Überprüfung an

**Gemeinden ist die INSPIRE-Richtlinie ein Begriff. Sie bildet die Rechtsgrundlage für die Schaffung einer europäischen Geodateninfrastruktur, in der auch von Gemeinden erhobene Daten erfasst sind. Nun steht eine Überprüfung der Richtlinie an.**

Eine Roadmap bildet den ersten Teil des Konsultationsprozesses und bietet Gelegenheit, recht informell zu EU-Gesetzgebung bzw. Gesetzgebungsplänen Stellung zu nehmen. Die INSPIRE-Richtlinie wurde 2007 verabschiedet und regelt den öffentlichen Zugang zu Umwelt- und Geodaten.

Die letztes Jahr erfolgte Revision der PSI-Richtlinie (Public Sector Information; Weiterverwendung von Daten der öffentlichen Hand) hat auch Auswirkungen auf INSPIRE,

weshalb der Zusammenhang zwischen beiden Richtlinien besser verdeutlicht werden muss. Aus Gemeindesicht kritisch ist bei PSI v.a. die Definition hochwertiger Datensätze, welche in Zukunft kostenlos zur Verfügung zu stellen sind. Davon werden zahlreiche, derzeit in Österreich noch kostenpflichtige Geo- und Umweltdaten umfasst sein. Im Rahmen der PSI-Umsetzung ist es keine Frage mehr, ob INSPIRE-Daten als hochwertige Datensätze zu klassifizieren sind sondern nur noch, in welchem Ausmaß diese freigegeben werden. Dies wird in einem Durchführungsrechtsakt geregelt, der aktuell vorbereitet wird.

Gemeinden, die öffentliche Daten erheben, verwalten und Einnahmen daraus lukrieren, sollten sich an den Diskussionen beteiligen.

## Europäische Woche der lokalen Demokratie

**Jedes Jahr Mitte Oktober ruft der Kongress im Europarat Gemeinden zum Bürgerdialog auf. Dieses Jahr steht die europäische Woche der lokalen Demokratie unter dem Motto „Vertrauen bilden“.**

Gemeinden sollen natürlich ganzjährig mit ihren Bürgern kommunizieren und in Zeiten der Krise ist dies ohnehin unumgänglich. Wer aber besonderes europäisches Engagement zeigen und offizieller Partner des Europarats werden will, kann Bürgerdialoge mit dem Logo der europäischen Woche der lokalen Demokratie (ELDW: European Local Democracy Week) versehen. Die ELDW gibt es unter Patronanz des Kongresses im Europarat seit 2007. Sie soll aufzeigen, wie wichtig der direkte Dialog mit den Bürgern ist und welche wesentliche Rolle Städte und Gemeinden im Engagement gegen Demokratiemüdigkeit spielen.

Um den Titel „Partner der europäischen Woche der lokalen Demokratie“ verliehen zu bekommen, müssen Gemeinden einige Bedingungen erfüllen: Bürgerdialoge und

Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem diesjährigen Motto organisieren und bis 15. Dezember darüber Bericht erstatten. Die Aktivitäten können das ganze Jahr über stattfinden, ihnen sollte aber ein eigenes Budget zugewiesen werden und sie sollten durch Nutzung des ELDW-Logos visuell erkennbar sein. Die Einbeziehung möglichst breiter Bevölkerungsschichten ist anzustreben, Jugendbeteiligung könnte durch Jugendgemeinderäte oder Sitzungssimulationen in Schulen erreicht werden und Gemeinden sind eingeladen, durch die Nominierung eines ELDW-Botschafters Aufmerksamkeit zu generieren. Idealerweise gipfeln die Aktivitäten in einer größeren Veranstaltung in der Woche vom 15. Oktober, wenn die ELDW traditionell abgehalten wird.

Übergeordnetes Ziel ist wie bereits erwähnt der Kampf gegen Demokratiemüdigkeit. Gemeinden können dieser mit Open Government-Lösungen und Bürgerbeteiligungsverfahren durchaus etwas entgegenhalten und sollten sich nicht scheuen, darüber zu berichten.



### Konsultation über Revision der Energierichtlinien

Erst seit kurzem in Kraft und gerade einmal umgesetzt, kündigt die EU-Kommission bereits die Revision der Richtlinien über Erneuerbare Energie und Energieeffizienz an. Anfang August wurde mit der sogenannten Roadmap die erste Phase des Konsultationsprozesses eingeleitet.

### Emissionen müssen weiter verringert werden

Als Teil des Grünen Deals müssen die Emissionen weiter verringert und die Ziele für 2030 erhöht werden. Die Kommission strebt eine Emissionsreduktion um 50 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 an, 55 Prozent schweben im Raum.

### Überarbeitung der Richtlinien 2021 wahrscheinlich

Braucht es dafür eine signifikante Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus von erneuerbaren Energien oder würde die tatsächliche Umsetzung der bestehenden Vorgaben reichen? Mit diesen Fragen befasst sich die Konsultation, welche in eine wahrscheinliche Überarbeitung der beiden Richtlinien ab Juni 2021 münden wird.

Die erste Konsultationsphase beginnt mit der Roadmap, die freie Rückmeldungen ermöglicht. Erst danach folgt die, im Multiple-Choice-Verfahren aufgebaute zweite Phase.



**Ehrenzeichenverleihung an ehemalige Regierungsmitglieder, Abgeordnete und Bürgermeister durch LH Hans Peter Doskozil:** Im Rahmen eines Festaktes Mitte September wurden ehemalige, langjährige Regierungsmitglieder, Landtagsabgeordnete und Bürgermeister von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil für ihr Engagement und ihren Einsatz für ihr Heimatland Burgenland geehrt. Bundesminister und Landesrat a.D. Mag. Norbert Darabos und Landeshauptmannstellvertreter und Landtagsabgeordneter a.D. Mag. Franz Steindl durften die höchste Auszeichnung des Landes, das Komturkreuz mit Stern, entgegennehmen, Landesrat und Landtagsabgeordneter a.D. Dr. Peter Rezar, Landesrätin und Landtagsabgeordnete a.D. Mag.a. Michaela Resetar und Landtagsabgeordnete und Klubobfrau a.D. Bürgermeisterin Ingrid Salamon wurde das Komturkreuz verliehen. Weitere neun ehemalige Landtagsabgeordnete erhielten das Große Ehrenzeichen in Gold, zwei Bürgermeister das neugeschaffene Große Ehrenzeichen in Silber. Auch ehemalige und aktuelle GVV Vorstandsmitglieder waren unter den Geehrten, so erhielt die ehemalige Klubobfrau des SPÖ Landtagsklubs und derzeitige Vorsitzende des Städtebundes Burgenland, Bgm. Ingrid Salamon aus Mattersburg, das Komturkreuz. Die GVV VizepräsidentInnen Bgm. Werner Friedl aus Zurndorf und Bgm. Inge Posch-Gruska aus Hirm erhielten das Große Ehrenzeichen in Gold. Ebenso Bgm. Klaudia Friedl aus Steinberg-Dörfel sowie Bgm. a.D. Petrer Heger aus Horitschon. Das neue Große Ehrenzeichen in Silber, mit dem langjährige verdiente Bürgermeister geehrt werden, wurde überreicht an Johann Kremnitzer, seit 30 Jahren Bürgermeister der Gemeinde Neustift an der Lafnitz, damit der am längsten im Amt befindliche SPÖ-Bürgermeister im Burgenland, und Wilhelm Pammer, ÖVP, seit 31 Jahren Bürgermeister der Gemeinde Gerersdorf-Sulz. Der GVV gratuliert allen Geehrten zur Auszeichnung. Foto: LMS



SPÖ GemeindevertreterInnen in Bad Aussee Foto: GVV Burgenland

## Kommunale Sommergespräche 2020

Ende August trafen sich im Rahmen der Kommunalen Sommergespräche sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des GVV Österreich in Bad Aussee. Organisiert wurde ein kleiner Empfang sowie ein fraktionelles Abendessen um sich als SPÖ Kommunalpolitiker weiter zu vernetzen. Für den GVV Burgenland dabei waren die beiden Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Inge Posch-Gruska sowie GVV LGF Mag. Herbert Marhold. In der ebenfalls in Bad Aussee stattfindenden Präsidiumssitzung des Österreichischen Gemeindebundes wurde ein Antrag des GVV Burgenland eingebracht indem seitens des Bundes eine Einlagensicherung für die Gemeinden gefordert wurde. Der Antrag fand im Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes großen Anklang und Präsident Alfred Riedl versprach, dies auch zur Sache des Gemeindebundes zu machen und sich für eine Einlagensicherung für Kommunen einzusetzen.

### I M P R E S S U M

#### Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvbgld.at](http://www.gvbgld.at)

#### Redaktion: GVV Burgenland

**Druck:** Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt  
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt  
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**